

Hans-Jürgen Burchardt

DAS PANDEMISCHE MANIFEST

Neun Schritte
in eine zukunftsfähige Gesellschaft

Mythos #6

Die Pandemie ruiniert unsere Wirtschaft

Corona hat die Weltwirtschaft in die tiefste Krise der letzten Jahre gestürzt. Der internationale Handel, aber auch die Binnenmärkte sind in allen Ländern der Welt drastisch geschrumpft, die Produktion und die Einkommen sind auf breiter Front eingebrochen. Besonders für die Staaten des globalen Südens ist die Pandemie ein schwerer Schlag. Ihre Zukunft sieht meist düster aus. Zum einen läuft die Versorgung mit Impfstoffen nur schleppend oder gar nicht an, zum anderen fehlen den Staaten die finanziellen Mittel, die Krisenfolgen durch Rettungspakte und Finanzhilfen für Bürger*innen und Wirtschaft abzufedern. Die coronabedingten Verluste sind laut Berechnungen des Internationalen Währungsfonds IWF in diesen Ländern mehr als doppelt so hoch wie in wohlhabenden Staaten. Für den Zeitraum 2020 bis 2024 geht der IWF für Entwicklungsländer von einem Einbruch des Wirtschaftswachstums in Höhe von minus sechs Prozent aus. Diese Länder werden mit einem wirtschaftlichen *Long Covid* zu rechnen haben. Die Konjunkturaussichten vieler Staaten hängen laut IWF inzwischen direkt von ihrem Zugang zu Corona-Impfstoffen ab. Zusätzlich prognostizieren manche Expert*innen, dass die Folgen der jetzt gepuschten Digitalisierung für das Wirtschaftsmodell vieler armer Länder zum zusätzlichen Problem werden könnten: Mit fortschreitender Automatisierung, dem Vormarsch von Robotern und immer ausgefeilteren 3-D-Druckern könnte für zahlreiche Unternehmen aus den Industrienationen die Bedeutung der Lohnfertigung in Billiglohnländern schwinden.

Weltweit werden diese Entwicklungen wahrscheinlich zu größerer Ungleichheit zwischen Ländern und Regionen führen, als dies vor der Pandemie der Fall war. Alle Prognosen zur weiteren wirtschaftlichen Ent-

wicklung bleiben angesichts der anhaltenden Covid-19-Virulenz aber höchst unsicher. Trotzdem ist klar, dass die Industrienationen im internationalen Vergleich am besten aufgestellt sind.

Aber auch in Deutschland wird noch lange Zeit ein Eiertanz zwischen dem ständigen Abwägen um Gesundheitsschutz und Seuchenbekämpfung, Stabilisierung der Wirtschaft und Absicherung der Beschäftigung sowie der Verfolgung weiterer Ziele wie die Sicherung von sozialem Zusammenhalt, von Demokratie, Klima und Frieden stattfinden. Die Finanz-, Handels- und Wirtschaftspolitiken stehen überall vor großen Herausforderungen. Zu Pandemiebeginn wurde erst einmal vieles richtig gemacht. Anstatt wie bei früheren Krisen zu knapsen und zu knausern, Austerität und »den Gürtel enger schnallen« zu predigen, haben zahlreiche Länder, die großen Zentralbanken, aber auch internationale Organisationen wie der IWF ihre Geldspeicher weit geöffnet. Für eine solche expansive Geldpolitik wurde reichlich Geld gedruckt, enorme staatliche Subventionen, Zuschüsse und Kredite verteilt, die Wirtschaft und der Bankensektor stabilisiert, die Kosten des öffentlichen Schuldendienstes verhältnismäßig niedrig gehalten und soziale Schärpen abgemildert. Die Europäische Zentralbank EZB hat ihr Anleiheprogramm um 750 Milliarden Euro erweitert und erstmals Schulden vergemeinschaftet.

Die Rede ist von viel Geld. Auch in Europa und Deutschland. Das macht manche nervös. Es gibt aber keinen Grund dafür! Für Europa eröffnet das kollektive Schultern der Schulden eine besondere Option. Was manche Ökonom*innen nicht begreifen wollen, der Volksmund aber sehr genau weiß, ist die Tatsache, dass bei 1.000 Euro Schulden du der Bank gehörst, bei einer Milliarde Schulden die Bank aber dir! Die Europäische Union und ihre Regierungen haben es heute also selbst in der Hand, wie sie ihre Beziehungen zu privaten und internationalen Gläubiger*innen gestalten. Hier wächst durch die gemeinsame Schuldenaufnahme die Chance, stärker auf Abstimmung und Kooperation zu setzen. Ein Griechenland-GAU, der großes Leid verursachte und die EU an den Rand der Zerstörung brachte, muss sich nicht wiederholen. Sollte es aber zu neuem Wettbewerb um niedrige Zinsen oder günstige Rückzahlbedingungen kommen, werden kapitalschwächere oder überschuldete Länder (auch in

der EU) auf der Strecke bleiben und vermutlich radikale Sparprogramme umsetzen müssen, die erst ganze Gesellschaften, dann die Volkswirtschaften und schließlich das internationale System destabilisieren.

Auch in Deutschland ist die Verschuldung angestiegen. Die Inflationsangst geht um. Doch entgegen manchen Unkenrufen gibt es wenig Anlass, sich vor einer Pleite zu fürchten. Zum einen muss der immer noch gängige Irrtum aufgeklärt werden, dass der Staat als Schuldner die gleichen Verpflichtungen hat wie wir als Privatschuldner*innen oder dass die Staatstätigkeit eine unternehmerische Tätigkeit sei. Ein Staat unterscheidet sich von Unternehmen und Privatschuldner*innen in drei wesentlichen Merkmalen: Für seine Tätigkeit trägt er kein unternehmerisches Risiko, da er nicht mit seinem Eigenkapital haftet, sondern sich im Zweifelsfall immer wieder durch Steuern refinanzieren kann. Außerdem ist er immobil und quasi unsterblich: Er kann sich nicht ins Ausland absetzen, um seinen Gläubiger*innen zu entgehen, und er entzieht sich ihnen auch nicht durch Tod. Darum ist ein solider Staat wie unserer ein sehr sicherer Schuldner, und seine Staatsanleihen sind eine ebenso sichere Geldanlage. Viele Finanzanleger*innen geben ihr Geld darum gerne zu sehr niedrigen oder auch für gar keine Zinsen an den Staat, weil sie vor allem den Wert ihres Vermögens sichern wollen und kleine Renditen in Form von Zinszahlungen nebenbei mitnehmen. Benötigen sie einmal Geld, verkaufen sie die Anleihen weiter. Damit kann der Staat aufgenommene Schulden gleichsam immer weiter vor sich herschieben und zahlt wie in den letzten Jahren, in welchen das Zinsniveau bei null lag, gar nichts. Bei ähnlichen Zinsentwicklungen kosten die Coronaschulden den Staat in den kommenden Jahren also (fast) überhaupt nichts. Und die weitere Zinsentwicklung kann die EU mitgestalten.

Betrachten wir zum anderen die weltweiten Schuldenquoten, also die bestehenden Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt eines Landes, so stellen wir fest, dass Deutschland gar nicht zu soliden Finanzen zurückkehren muss, sondern heute immer noch über solide Finanzen verfügt. Deutschland hatte vor der Krise eine Verschuldungsquote von weniger als 60 Prozent. Zum Vergleich: 2019 war Japan Schuldenweltmeister mit einer Verschuldung von 234 Prozent – seit einem Jahrzehnt liegt die

Verschuldung des Landes über 200 Prozent. Spitzenreiter in Europa war Griechenland mit 180 Prozent, die USA lagen bei knapp 110 Prozent. Die Pandemie ließ die Schuldenquoten 2021 global anwachsen: in den USA und Italien sowie anderen Ländern um knapp 20 Prozent. Die aktuelle deutsche Verschuldung liegt bei unter 75 Prozent – also weniger als nach der Finanzmarktkrise ab 2007. Auch die Unternehmensschuldenquote ist mit 64 Prozent in Deutschland kaum gestiegen und vergleichsweise moderat. In Frankreich liegt sie bei fast 170 Prozent. Wer jetzt immer noch besorgt ist: Japan, das mit dem weltweit drittgrößten Bruttoinlandsprodukt vor Deutschland liegt, hat unser heutiges coronabedingtes Verschuldungsniveau bereits 1987 erreicht. So schlecht hat es sich in den letzten 30 Jahren dort nicht gelebt. Die Frage ist also nicht, ob wir Schulden machen, sondern wie und wofür wir Schulden machen.

Wie ist die bisherige Bestandsaufnahme? In vielen westlichen Ländern wurden die größten Konjunkturpakete nach dem Zweiten Weltkrieg geschnürt. Diese Unterstützungsleistungen waren zur Abfederung der Krisenfolgen unabdinglich. Coronazeit könnte die Zeit eines globalen *New Deal* werden, der nicht nur alle umfasst, sondern alle verpflichtet (also auch Unternehmen und Vermögende) und in dem der demokratische Staat nicht nur den Weg freimacht, sondern Takt und Ziel vorgibt. Bei Letzterem scheint sich die Politik noch vor ihrem eigenen Mut zu fürchten. Es ist überraschend – und natürlich krisengeschuldet –, wie fantasieelos viele Regierungen vorgehen. Sie setzen primär auf Stabilisierung und Systemerhalt. So werden die außergewöhnlichen Chancen, die gesamte Wirtschaft stärker auf ökologisch verträgliche Produktionsformen zu verpflichten, die regionale und lokale Wirtschaft und Landwirtschaft zu stärken, den Individualverkehr zugunsten einer öffentlichen Mobilität zurückzufahren, Technikrecycling auszubauen etc., noch zu wenig genutzt.

Die Nachrichten, dass bestimmte Länder dank der Krise 2020 unerwartet ihre Klimaziele erreichten, klingen nur auf dem ersten Blick zynisch. Sie zeigen Wege auf. Bei der Planung der jüngsten Konjunkturprogramme ist die Notwendigkeit einer ökologischen Wende aber noch nicht hinreichend angekommen. Beispiel Europa: Herzstück des neuen Coronafonds ist ein EU-Programm mit dem schaurigen Namen »Aufbau- und Resilienz-

fazilität«. Darüber wird die EU-Kommission 338 Milliarden Euro nicht rückzahlbarer Zuschüsse an die Mitgliedstaaten verteilen sowie bis zu 386 Milliarden Euro zinsgünstiger Darlehen. Die Reform- und Investitionspläne, welche die Staaten dafür einreichen, müssen diverse Kriterien erfüllen. So sollen mindestens 37 Prozent der Hilfen dem Klimaschutz dienen und 20 Prozent der Digitalisierung. Kein Projekt darf der Umwelt massiv schaden; zudem sollen auch Frauen angemessen von den Vorhaben profitieren. Hört sich gut an! Anders sieht aber das aus, was daraus gemacht wird. Wie solche Vorgaben umgesetzt werden sollen, ist manchmal bizarr. Frankreich zum Beispiel schlug als größten Einzelposten die Senkung von Unternehmenssteuern um jährlich zehn Milliarden Euro vor. Als Gegenleistung für das EU-Geld sagt Paris eine Reform der Arbeitslosenversicherung zu, die prekär Beschäftigte und somit besonders Frauen weiter benachteiligt.

Auch für Deutschland ist die bisherige Bilanz durchmischt. Nach verschiedenen Berechnungen hat das Land für die Krisenbekämpfung mehr als eine Billion Euro aufgebracht. Dabei hat die Politik zunehmend große wirtschaftliche (auch fossile) Branchen gestützt, die oft stark exportorientiert sind, und kleinere Betriebe sowie Dienstleistungen, die für den Binnenmarkt relevant sind, vernachlässigt. Auf der einen Seite geht die Verschelung der deutschen Autoindustrie ungebrochen weiter. Mit Kurzarbeit wurde die Branche massiv subventioniert und stabilisiert. Sehr richtig und wichtig, aber nicht nur gut für die Kernbelegschaften: Daimler nutzte die Nachfrageeinbrüche im ersten Coronajahr 2020 für Rationalisierungsmaßnahmen, erzielte einen Gewinnsprung von 50 Prozent und setzte das Instrument der aus Sozialversicherungsbeiträgen refinanzierten Kurzarbeit von 700 Millionen Euro ganz legal ein zur Zahlung sowohl einer Gewinnbeteiligung für alle wie auch für eine ebenfalls um fast die Hälfte gestiegene Dividende an die Aktionär*innen: insgesamt 1,4 Milliarden Euro. Andere Automobilhersteller wie BMW folgten diesem Beispiel. Zum Vergleich: In Dänemark oder in Frankreich ist eine derartige Privatisierung von öffentlichen Geldern nicht möglich. Dort sagt man, wenn ein Unternehmen so kapitalkräftig ist und Gewinne macht, dass es Dividende ausschüttet, darf der Staat es nicht unterstützen.

Auf der anderen Seite kam von den knapp 750.000 Erwerbstätigen, die 2020 ihren Arbeitsplatz verloren haben, der ganz große Teil aus der Kultur, aus der Gastronomie, von den Selbstständigen, aus dem Handel. Die deutsche Kultur- und Kreativwirtschaft hat mit 1,2 Millionen Beschäftigten – also deutlich mehr als der IT-Bereich – einen durchschnittlichen Jahresumsatz von über 170 Milliarden Euro Umsatz. Dabei gab es allein 2020 in der Filmwirtschaft einen Umsatzausfall von fast 50 Prozent, in den darstellenden Künsten von 85 Prozent. Dennoch erhielt die Kulturbranche mit dem Hilfsprogramm »Neustart Kultur« und Kulturfonds von 2021 gerade einmal viereinhalb Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der Tourismuskonzern TUI hat mit knapp 9.000 Beschäftigten und einem Umsatz von knapp 19 Milliarden Euro genauso viel Unterstützungshilfen erhalten. Sein auf Flug- und Kreuzfahrtreisen basierendes Geschäftsmodell gehört, wie weiter oben bereits erwähnt, zu den größten Emissionstreibern der Wirtschaft.

Ein solches Auseinanderdriften ganzer Volkswirtschaften ist auch weltweit zu beobachten. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ist der Rückgang von Vollzeitstellen 2020 mit 255 Millionen Arbeitslosen fast viermal so hoch wie während der globalen Finanzkrise ab 2007. Niedrig bezahlte und gering qualifizierte Arbeitsplätze wurden überproportional abgebaut. Tourismus und Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe, in denen viele gefährdete Gruppen arbeiten, waren besonders betroffen. Hier besteht langfristig das Risiko einer ungleichmäßigen wirtschaftlichen Erholung, weil sich die Lage auf den höher qualifizierten Arbeitsplätzen in Industrie oder Verwaltung entspannt, dies aber nicht für andere Segmente gilt.

Die Aufzählung solcher Verzerrungen sowie von ökonomischen Fehlallokationen lässt sich lange weiterführen. Gerade auch für Deutschland: Unsere Regierung hat zum Beispiel nur knapp drei Milliarden Euro Vorschuss an die aussichtsreichsten Kandidat*innen für eine Impfstoffherstellung gezahlt, anfangs nur das Nötigste geordert, bei den Preisen hart verhandelt und das mit Stolz in der Öffentlichkeit gefeiert. Geiz ist geil! Das Ergebnis ist bekannt: Die Impfungen liefen 2020 träge an und schleppten sich mit vielen Unterbrechungen weiter. Es begann ein Streit, wer sich als

Nächstes impfen lassen darf. Der viel beschworene Zusammenhalt bröckelte. Immerhin haben wir ökonomisch verantwortlich gehandelt, war die Antwort. Die nackten Zahlen sprechen allerdings eine andere Sprache: Jede Woche zusätzlicher Lockdown kostete Deutschland geschätzt etwa 2,5 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die USA haben viel Geld in die Hand genommen, rund 20 Milliarden US-Dollar in die sogenannte Operation »Warp Speed« investiert, hohe Budgets für den Bau von Impfstofffabriken mobilisiert, sechs Monate früher mit einer massiven Impfkampagne begonnen und rund zwei Billionen Dollar volkswirtschaftliche Kosten vermieden.

Derartige wirtschaftspolitische Schief lagen sind sicherlich auch dem Krisenstress und der Überforderung geschuldet. Aus der Vogelperspektive wird dennoch ein Muster sichtbar, welches an die deutsche Politik vor der Krise anschließt und Widersprüche und Spannungen verschärft: Überzogene staatliche Haushaltsdisziplin, die Zukunftsinvestitionen verhindert; Priorisierung von exportorientierten Schlüsselbranchen ohne ökologische Akzentsetzungen; weitere Schwächung des Binnenmarktes, der regionalen und lokalen Wirtschaft und der kleinen Betriebe; Verlagerung der Krisenlasten ins Private und in die Familien und Umverteilung von unten nach oben.

Ein Beispiel für den letzten Trend: Die Mehrwertsteuersenkung 2020 hat den Staat rund 20 Milliarden Euro an Einnahmen gekostet. Studien zeigten, sie war ihr Geld nicht wert. Tatsächlich war es eine Minderheit von 16 Prozent der Bevölkerung, die 6,3 Milliarden Euro mehr für Konsum, also ein Drittel des Steuersenkungsvolumens, ausgegeben haben. Es handelte sich vor allem um Besserverdienende, die größere und ohnehin geplante Anschaffungen umsetzten. Profitiert haben am meisten die robusten Wirtschaftsbranchen – als Erstes die Automobilindustrie, der mit dieser Maßnahme der Verzicht auf eine Abwrackprämie schmackhaft gemacht wurde –, für die die Steuersenkung eine indirekte Subvention darstellte. Zum Vergleich: Der Kinderbonus von beschämenden 300 Euro pro Kind im Jahr 2020, für den 4,3 Milliarden Euro ausgegeben wurden, ging zu 65 Prozent sofort oder in den nächsten zwölf Monaten direkt in den Konsum.

Zu den wichtigsten Erfahrungen der Pandemie zählte sicherlich die Verletzlichkeit durch die Abhängigkeiten vom Handel beziehungsweise von der etablierten internationalen Arbeitsteilung. Aufgrund nationaler Lockdowns wurde in vielen Ländern die Produktion heruntergefahren und führt – bis heute – zu Lieferengpässen. Durch Grenzsicherungen zerrissen globale Wertschöpfungsketten und Transportrouten über Nacht. Die Havarie eines einzigen chinesischen Containerschiffs, das das Nadelöhr Sueskanal 2021 fast eine Woche lang verstopfte, wirkte danach fast wie ein Abgesang auf den globalen Güterverkehr. Essenzielle Güter wurden und sind weiter knapp. Zuerst wurde dies bei der Versorgungskrise für medizinische und pharmazeutische Produkte spürbar, deren Herstellung sowohl für die USA als auch für Europa heute größtenteils in China und Indien liegt. Europa weist nach Studien bei Pharma-, Chemie- und Elektronikprodukten in über 100 Produktkategorien eine kritische Abhängigkeit von China auf.

Unter dem Motto der Stärkung der ökonomischen Resilienz wird die Politik diese Dependenz in den nächsten Jahren erklärtermaßen verringern. Die europäische und deutsche Industrie wird ihre Herstellungs- und Lieferketten neu sortieren und einen Teil der Produktion wieder nach Hause bringen. Covid-19 hat alle Schwächen eines Verzichts auf Vorratshaltung offengelegt, eine Produktionsform, die von den Betriebswirtschaften lange Zeit als der Weisheit letzter Schluss für ökonomische Effizienz gefeiert wurde.

Teilweise wird in kritischen Sektoren nun wieder Lagerhaltung an die Stelle des *Just-in-time*-Prinzips treten. Die digitale Robotisierung in Schlüsselindustrien stärkt solche Trends, indem sie erlaubt, dass arbeitsintensive Fertigung an einem zentralen Produktionsstandort stattfindet, statt sie wie bisher wegen geringer Lohnkosten auszulagern. Somit hat der seit Längerem weltweit zu beobachtende Rückbau von Handel und Produktionsketten in Richtung Regionalisierung und Renationalisierung seit Corona an Dynamik gewonnen. Begleitet wird er von einem schleichenden Protektionismus und einem Schwinden des Vertrauens in multilaterale Regelwerke. Es ist noch zu früh, von einer umfassenden Deglobalisierung zu sprechen. *Relocation* oder *Reshoring*, also die Rückfüh-

rung von Produktionsbereichen aus Ländern mit günstigen Lohnkosten, werden allerdings immer häufiger postuliert.

Zusätzlich enttäuschte der viel beschworene Zukunftsretter Digitalisierung im ersten Praxistest. Es waren und sind meist simple Dinge wie Masken, aber vor allem entschlossene und couragierte Menschen, die während der Pandemie Leben retteten. Datenmaschinen, künstliche Intelligenz und Big Data haben kaum geholfen, dass die Menschen gegenüber Covid-19 ausreichend Orientierung bekamen oder sich klüger verhielten. Dort, wo Digitalisierung in der Kommunikation oder der Bildung zum Einsatz kam, konnte sie menschliche Kapazitäten nur begrenzt ersetzen. Digitalisierung baut hier und dort vielleicht neue Brücken. Gleichzeitig aber vertieft sie die darunterliegenden Gräben. Die Industrie hat hingegen durch die Digitalisierung einen Innovationsschub erfahren. Die wachsende Automatisierung schafft vermutlich neue Potenziale für eine Renaissance der heimischen Industrieproduktion. Aber auch hier gilt: Wird mehr Arbeit durch Roboter und Algorithmen ersetzt, werden Geringqualifizierte noch stärker abgehängt.

Corona hat auch unsere Arbeitswelt drastisch verändert: Unsere Arbeitszeiten, -standards und -erfahrungen wurden schwer durchgemischt. Besonders bemerkenswert ist die Zunahme von Homeoffice. Fast ein Drittel aller deutschen Beschäftigten übte Homeoffice krisenbedingt aus. Es ist für manche/n Arbeitnehmer*in attraktiv und wird vermutlich ausgeweitet. Homeoffice kann die Arbeitsproduktivität steigern, ist für Unternehmen günstig und ressourcenschonender. Telefon und Videokonferenz statt täglicher Autofahrten ins Büro könnten zusätzlich Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Aber es führt für viele auch zu starken Belastungen und sowohl zu beruflichen wie persönlichen Nachteilen, wie unten ausgeführt wird.

Insgesamt gibt es keinen Zweifel daran, dass der wirtschaftliche Neustart, der nach der Pandemie folgt, die Weichen für die nächsten Jahrzehnte stellen wird. Mit Blick auf die bisherige Wirtschaftspolitik der Coronakrise werden für Deutschland die Muster einer gefährlichen Konstellation sichtbar: Es besteht die große Gefahr, auf eine industriepolitische Restauration mit hohem Exportanteil hinauszulaufen, die die letzten Chancen für ein Gegensteuern gegen den Klimawandel verspielen würde. Schon jetzt

erklingen die Sirenengesänge der Unternehmen und ihrer »Mietmäuler«, die wider besseres Wissen klagen, dass die Coronakrise der Wirtschaft sowie den öffentlichen und privaten Haushalten so geringe finanzielle Spielräume lasse, dass Wachstum und Jobs absolute Priorität genießen sollten. Aber normal! Altes Wachstum und traditionelle Arbeitsplätze.

Wirtschaftliche Prosperität und soziale sowie ökologische Nachhaltigkeit werden erneut gegeneinander in Stellung gebracht. Lobbyverbände fordern, dass unliebsame staatliche Regulierungen oder Gesetzesvorhaben zu Lieferketten, Nachhaltigkeit oder Klimaschutz zurückgefahren werden. Es sei eine »Unzeit«, um über Klimaschutz zu diskutieren, die CO₂-Grenzwerte von Autos zu verschärfen, Kerosinsteuern für den Flugverkehr einzuführen oder die Landwirte mit längst überfälligen schärferen Umweltauflagen zu belästigen. Klimaschutz, wenn überhaupt, dann marktkonform. Für eine breite Daseinsvorsorge, für den öffentlichen Verkehr, für Schulen und Gesundheit sei nach der Krise kein Geld da.

Sollten sich diese Positionen durchsetzen, leugnen wir die wichtigste Lehre von Corona: Wir ignorieren wissenschaftliche Evidenz oder ordnen sie politischen Befindlichkeiten und privaten wirtschaftlichen Interessen unter. Das kostet Menschenleben. Viele Menschenleben. Schließlich wissen wir dank einer sehr guten Studien- und Datenlage seit Jahrzehnten, dass die ökologische Krise über Klimawandel und Artensterben für die Menschheit zur existenziellen Krise wird. Es ist nicht einmal gesichert, ob diese Gefahr überhaupt noch abwendbar ist oder wir nur noch über einen kontrollierten Untergang verhandeln: In vier von neun lebenswichtigen Dimensionen, zu denen auch das Klimasystem, die Biodiversität und die Süßwasserreserven gehören, werden planetarische Grenzen bereits überschritten. In 20 Jahren wird eine globale Erwärmung um 1,5 Grad Celsius erreicht sein. Dieser Anstieg ist nach Berechnungen des Weltklimarats IPCC kaum noch zu verhindern, denn das Klimasystem hat eine Anpassungsfrist von rund vier Jahrzehnten. 25 Jahre später wird die Erde voraussichtlich zwei Grad Celsius wärmer sein. Bereits vorher werden die Korallenriffe absterben, landwirtschaftliche Systeme zusammenbrechen, Inselstaaten überflutet, Wetterextreme zunehmen – mit enormen sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Die Starkregen in Deutschland und in

Europa, die Hitzewellen und Dürren in Nordamerika, die zahllosen Waldbrände überall, sie alle sind nur ein Vorgeschmack auf das, was uns blüht.

Trotzdem hat die Politik nicht ansatzweise das getan, was erforderlich und möglich wäre. Obwohl die Weltgemeinschaft auf dem UN-Erdgipfel 1992 in Rio einstimmig beschloss, die Treibhausgase zu reduzieren, haben sich die CO₂-Emissionen seither verdoppelt. Im Entwurf des sechsten Weltklimareports der IPCC von 2021 wird prognostiziert, dass alle heutigen und geplanten fossilen Kraftwerke noch fast 850 Milliarden Tonnen Kohlendioxid in die Luft emittieren. Das ist doppelt so viel CO₂ wie für das Erreichen des Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens, die globale Erwärmung vor Überschreiten der 1,5-Grad-Schwelle zu stoppen, noch erlaubt wäre. Viel schneller als erwartet steuert das Klimasystem auf Kippunkte zu, an denen die Entwicklung abrupt abbricht, die Richtung wechselt oder sich gewaltig beschleunigt. Was das für jede/n von uns bedeutet, erleben wir gerade in der Pandemie. Ausgelöst werden solche Kippunkte von Methanfreisetzungen im sibirischen Permafrost, von der Abschwächung der thermohalinen Meereszirkulation, also dem Förderband von Meeresströmungen, das vier der fünf Ozeane miteinander verbindet und zu einem globalen Kreislauf vereint, oder vom Austrocknen des Regenwaldes. Inzwischen sollte auch dem/r Letzten klar sein, dass solche Negativszenarien wissenschaftlicher Studien nicht einem überzogenen Pessimismus geschuldet sind.

Nach dem Entwurf des oben genannten IPCC-Weltklimareports verursachen die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung 40 Prozent aller Treibhausgasemissionen. Zwei Drittel von ihnen leben in Industrie-, ein Drittel in Schwellenländern. Die ärmsten zehn Prozent seien dagegen nur für vier Prozent des Gesamtausstoßes verantwortlich. Der stärkste Emissionstreiber ist nicht etwa die Zunahme der Weltbevölkerung, sondern das stetige Wachstum der Wirtschaft und von »treibhausgasintensiven Aktivitäten«: So ist im zurückliegenden Jahrzehnt der Luftverkehr um 29 Prozent, die Nutzung von SUVs im Straßenverkehr um 17 Prozent und der Energiebedarf für Klimaanlage um 40 Prozent gestiegen. Beträchtliche Emissionen im globalen Süden erzeugt auch die Produktion von Exportgütern für reiche Länder.

Trotz all dieses Wissens gelang es den G-20-Staaten auf ihrem Treffen in Neapel 2021 nicht, ein klares Signal für den internationalen Klimaschutz zu setzen. Deutschland ist hier keine Ausnahme. Bei uns nannten manche die zerstörerischen Flutwellen im gleichen Sommer einen Weckruf der Natur. Große Taten folgten den großen Worten bisher nicht. Nicht einmal ein leicht umzusetzendes und schnell wirkendes Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf Autobahnen wurde auf den Weg gebracht. Stattdessen steht Deutschlands Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 auf der Kippe.

Beginnen wir jetzt nicht beherzt, entschlossen und zügig mit dem erforderlichen Umbau unserer Wirtschaft, werden wir bald keine Wirtschaft mehr brauchen. Es sind genug intelligente Ansätze da, die alle mitnehmen. Jetzt braucht es nur noch den politischen Willen!

Eine der stärksten gemeinsamen Erfahrungen von Corona dürfte sein, dass es tatsächlich nur sehr wenige Dinge gibt, die politisch nicht möglich sind. Was zur Eindämmung der Pandemie durchführbar war und ist, darf zur Verhinderung der ungleich schwereren Klimakrise, die auf uns zurollt, nicht wieder unmöglich werden. Corona zeigt, dass die Argumente der marktwirtschaftlichen Notwendigkeit und der ökonomischen Effizienz, welche bereits wieder gegen mehr Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit ins Feld geführt werden, definitiv nur eines sind: eine faule Ausrede. Gut, dass man Faulheit in Demokratien abwählen kann!

Sechster Schritt: Gutes Klima für Arbeit und Mensch

Corona hat uns vorgeführt, dass Geiz nicht geil ist, sondern vielfach Elend schaffen und töten kann. Die Sparobsession der deutschen Politik, mit der Schuldenbremse 2009 sogar ins Grundgesetz zementiert, aber auch unser aller Knausern trotz Höchststände an angehäuften Erspartem, womit wir den nächsten Generationen die Zukunft stehlen, muss aufhören. Die schwarze Null muss weg! Sie ist nicht Ausdruck einer soliden Finanzpolitik und Haushaltsführung, sondern raubt uns die Chance auf positive und nötige Veränderungen. Die letzten zwei Jahrzehnte beweisen: Durch

Die Pandemie ruiniert unsere Wirtschaft

die schwarze Null ist im öffentlichen Bereich ein gigantischer Substanzverlust entstanden, der einen immensen Sanierungs- und Investitionsstau und tiefe soziale Verwerfungen nach sich zieht, die uns alle betreffen und zusätzlich enorme Kosten verursachen werden.

Zwei Beispiele: Über die wachsende Unzuverlässigkeit der Deutschen Bahn zetern wir alle gerne. Kein Zweifel, die Bahn ist durch die Sparpolitiken in den letzten zwei Jahrzehnten immer maroder geworden. Zahlen belegen das: Für die Sanierung ihrer Verkehrsinfrastruktur werden heute fast 60 Milliarden Euro benötigt. Gut investiertes Geld, denn öffentlicher Verkehr ist »systemrelevant«.

Ebenfalls häufig klagen wir über die extreme Teuerung von Mieten. Zu Recht, denn die Mietpreise sind in den letzten Jahren explodiert und provozieren immer stärker soziale Verdrängung und Segregation. Also die räumliche Absonderung von Bevölkerungsgruppen nach Merkmalen wie sozialer Schicht, ethnisch-kulturellem Hintergrund oder Lebensstil. Das ist sehr gut für die Ausbreitung von Covid-19 und sehr schlecht für den sozialen Zusammenhalt. Ein wichtiger Grund für diese Preissteigerungen ist sicherlich die wachsende Attraktivität der Städte. Genauso preistreibend, wenn nicht sogar schlimmer ist aber das Versagen der staatlichen Wohnungspolitik, die unter dem Diktat des Sparens landeseigene Gesellschaften zu Spottpreisen verkauft und staatliche Wohnungsbauinvestitionen drastisch zurückgefahren hat. 2019 sind 5,5 Prozent weniger neue Sozialwohnungen gefördert worden als noch im Jahr zuvor – am stärksten sank die Förderung in Berlin. In der Hochmietmetropole Hamburg liegt der Anteil von Sozialwohnungen an allen Wohnungen bei knapp acht Prozent. Nach verschiedenen Kalkulationen fehlen heute in Deutschland etwa 6,5 Millionen Sozialwohnungen.

Das geht auch anders: In Wien liegt der Anteil von Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen bei über 80 Prozent. Vermutlich einer der Gründe, warum die österreichische Hauptstadt bei verschiedenen internationalen Rankings immer wieder den Titel »lebenswerteste Stadt der Welt« gewinnt. Und selbst in der mondänen Bankenstadt Zürich liegt der Anteil gemeinnütziger Wohnungen bei über 25 Prozent. Erkennen wir endlich an, dass es schick ist, in großen, bunten und aufregenden Städ-

ten zu wohnen, wenn ausreichender sozialer Wohnungsbau Gettoisierung verhindert und die Lebensqualität aller Stadtbewohner steigert. Dann wird es uns rasch gelingen, unsere Städte auch wieder für alle lebenswert und nachhaltig mobil zu machen.

Dank Corona wissen wir bereits: Geld genug ist da, es geht nun darum zu klären, wie es eingesetzt werden soll. Machen wir eine kluge Steuerpolitik – und richtig gute Schulden!

Investieren wir in die von Corona offengelegten Schwächen der sozialen Infrastruktur und des Gemeinwohls. Und in die wichtigsten Zukunftsthemen. Die Krise bietet die große Chance, die Weichen zu stellen: in Richtung Nachhaltigkeit, Klimaschutz und mehr Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards sowohl in einzelnen Ländern als auch im Handel und in den transnationalen Lieferketten. Europa und Deutschland haben die historische Gelegenheit, mit dem Aufbau einer breiten öffentlichen sozialen Infrastruktur, dem Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft, dem Schutz der Artenvielfalt und durch die Umgestaltung der Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie wirtschaftlichen Strukturwandel und sozial-ökologische Nachhaltigkeit zu verzahnen, neue Jobs zu schaffen und dazu beizutragen, unsere Gesellschaften für die nächsten Krisen widerstandsfähiger zu machen.

Wichtige Ziele sind hier neben dem Ausstieg aus der fossilen Energienutzung sowie einem ökologischen Umbau unserer Schlüsselindustrien die neue Ausbalancierung zwischen Weltmarktintegration und lokaler/regionaler Ökonomie, der energische Ausbau einer nachhaltigen Mobilitätsinfrastruktur und die starke Ausweitung sozial und ökologisch nachhaltiger Arbeitsplätze.

Auf den ersten Blick große Ziele und gewaltige Herausforderungen. Luft holen! Beim zweiten Blick werden dann leicht umsetzbare Lösungen sichtbar: Wir haben gesehen, Corona hat die Stärkung der heimischen und regionalen Wirtschaft, die sogenannte Relokalisierung, als eine wichtige Strategie zukünftiger Wirtschaftspolitik bereits auf die Agenda gebracht. Daran können wir anknüpfen. Ohne dem Welthandel abzuschwören, der durch clevere Regulierung durchaus Wohlfahrtseffekte sichern kann, sollte die Politik überlegen, inwieweit eine Reregionalisierung bestimmter Wirt-

schaftsbereiche dem Menschen und dem Klima guttut. Eine zentrale Basis sollte hier eine starke kommunale Wirtschaft mit vielfältigen kleinen und mittelständischen Betrieben und einer Landwirtschaft sein, die gerade mit Blick auf Nachhaltigkeitskriterien Liefer- und Produktionsketten verkürzt sowie Produktion und Konsum umweltfreundlicher gestalten kann.

Als eine Perspektive für nachhaltiges und regionales Wirtschaften sollte die »systemrelevante«, aber bei uns zu wenig wahrgenommene Branche der Lebensmittelproduktion in den Fokus genommen werden. Deutschland ist der drittgrößte Importeur von Agrarprodukten der Welt. Statt Obst und Gemüse anzubauen, sind bei uns zwei Drittel der landwirtschaftlichen Fläche für die Produktion von Futtermitteln für Nutztiere reserviert – deren Fleisch wir dann in immer größeren Mengen exportieren. Deshalb finden wir in vielen Supermärkten Äpfel aus Neuseeland und Südafrika, aber nicht aus deutschen Landen. Um unsere 200 Millionen Nutztiere zu versorgen, müssen in Deutschland außerdem jedes Jahr rund vier Millionen Tonnen Futtersoja aus Lateinamerika und den USA importiert werden – die ökologischen Belastungen in den jeweiligen Produktionsländern sind immens.

Regierungsangaben zufolge kann sich Deutschland zu über 90 Prozent mit eigenen Lebensmitteln versorgen. Wir müssten dafür nicht wieder zum Agrarland werden oder auf Bananen verzichten. Sondern vielmehr Landwirtschaft, Industrie, Handel und Dienstleistung für alle intelligent verkoppeln.

Rechnen wir das einmal durch: In der deutschen Lebensmittelproduktion befinden sich knapp 2,4 Millionen Arbeitsplätze. Dazu zählen neben der bäuerlichen Landwirtschaft (400.000) die fest Beschäftigten in der Landwirtschaft (200.000), die Saisonarbeiter*innen (300.000), die Erwerbstätigen, jene, die in der Nahrungsmittelverarbeitung, im Getränke-sektor und im Ernährungshandwerk arbeiten (zusammen 700.000), sowie diejenigen aus dem Lebensmitteleinzelhandel (800.000). Zum Vergleich: In der Automobilindustrie arbeiten 800.000 direkt und geschätzt zwei Millionen indirekt Beschäftigte.

Zwar ist die Lebensmittelproduktion seit Corona ein »systemrelevanter« Bereich, doch haben sich die Bedingungen, wie die Politik mit

dieser Branche umgeht, wenig geändert. Die Automobilindustrie erhält weiterhin Milliardensubventionen, die Kassierer*innen in Supermärkten vielleicht eine einmalige Prämie – bei ausgedehnteren Arbeitszeiten. Leiharbeiter*innen in der Landwirtschaft dürfen bestenfalls länger bleiben und schufteten – auch unter Covid-19-Bedingungen, oft ohne Garantie hygienischer Mindeststandards und ohne Krankenversicherung. Wenn man »systemrelevant« ernst nimmt, was uns mit Blick auf die nächste Krise sehr zu empfehlen wäre, muss für die Lebensmittelproduktion also dringend nachgerüstet werden. Ein enormes Betätigungsfeld nicht nur für den Staat, sondern auch für die Gewerkschaften, die sich ebenfalls zu stark auf ihre industriellen Kernbelegschaften konzentrieren.

Eine Politik der wirtschaftlichen Relokalisierung könnte darum gezielt die Lebensmittelproduktion als einen ersten Schwerpunkt ihrer Bemühungen wählen: mehr lokale Produktion, mehr regionale Produkte, kürzere Transportwege, mehr Qualität. All dies, ohne den Industriestandort Deutschland infrage zu stellen! Und was bei uns gilt, stimmt auch global: Schon vor über zehn Jahren bestätigten Hunderte von internationalen Expert*innen im Weltagrарbericht der UN und der Weltbank, dass der Schlüssel zur globalen Hungerbekämpfung in einer kleinteiligen, regionalen, agrarökologischen Landwirtschaft liegt. Seither wurde in zahllosen Studien immer wieder wissenschaftlich belegt, dass agrarökologischer Anbau mit lokalem Saatgut und ohne Chemie im Vergleich zur industrialisierten Landwirtschaft viel höhere Erträge bringt, weniger Wasser verbraucht, Biodiversität und Klima schützt, weniger Lebensmittelabfälle verursacht und für mehr gute Arbeit und Geschlechtergerechtigkeit sorgt. Doch auch weltweit wird heute auf einem Drittel der Äcker Tierfutter angepflanzt, oder auf den Feldern wachsen Energiepflanzen statt Essen, zum Beispiel für Biodiesel oder -gas. Wir brauchen heute nicht mehr genmanipulierte Pflanzen und eine neue grüne Revolution, sondern Agrarreformen und eine engagierte Förderung des ländlichen Raums. Da die europäische Landwirtschaft hochgradig subventioniert ist, ist eine solche Agrarwende vor allem eine politische und somit demokratisch gestaltbare Aufgabe.

Gleiches gilt für die nachhaltige Mobilität, die die EU-Corona-Aufbauhilfen explizit fördern wollen. Doch die Konzepte bleiben auf halbem

Wege stecken. So setzt die Europäische Union bei ihrem Aufbaufonds weiter massiv auf Flug- und Individualverkehr (jetzt durch Elektro- oder Wasserstoffmobilität), nicht aber auf den umfassenden Ausbau eines europaweiten öffentlichen Verkehrssystems. Dabei hat man gute Argumente, um diesen Schritt zu gehen: Jährlich sterben rund 450.000 Menschen in Europa an den Folgen von Luftverschmutzung. Mit einem offensiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zu erschwinglichen Preisen (mit intelligenten Lösungen für das Land), von Fahrradwegen, von mehr Grün- und Erholungsräumen in den Städten, ergänzt um eine Stadtplanung der kurzen Wege, können gleichzeitig eine Verringerung von Straßenverkehr, von städtischen Parkplätzen und in Deutschland sogar die schrittweise Streichung der Pendlerpauschale die Unterstützung von Mehrheiten erlangen.

Mit Blick auf nachhaltige Arbeit muss als Erstes das Postulat, Umwelt und Wirtschaft zu versöhnen, relativiert werden. Wer eine nachhaltige Entwicklung fördern will, die den/die Einzelne*n genauso wie die Gemeinschaft mitnimmt, darf sich nicht auf Wirtschaft und Unternehmer*innen begrenzen, sondern muss auch die Sphäre im Blick haben, wo Wohlstand und Gewinne produziert werden: die Arbeit. Solange dies nicht passiert, werden Arbeitsplatzsicherung (und somit soziale Absicherung der Mehrheit) gegen Umweltstandards ausgespielt, und jegliche Chance auf eine breite ökologische Transformation wird blockiert. Zwei Beispiele: Die in Deutschland 2020 diskutierte Kaufprämie für Pkw mit Verbrennungsmotor wurde aus Gründen des Klimaschutzes völlig zu Recht mithilfe von Umweltverbänden abgewehrt. Für die Industriegewerkschaften war diese Abwrackprämie mit Blick auf den pandemiebedingten Einbruch von Autoneuzulassungen in Westeuropa eine zentrale Maßnahme der Beschäftigungssicherheit und ihre Verhinderung eine schwere Enttäuschung. Die Vertreter*innen beider Lager kamen kaum ins Gespräch, Nachhaltigkeitsallianzen zwischen Umwelt und Arbeit existieren bis heute nicht – obwohl beide Seiten die Klimaziele anerkennen. Diese fehlende Gesprächsbereitschaft bestärkt bei den betroffenen Belegschaften die Neigung zu einer konservierenden Interessenpolitik und verschafft sogar populistischen Klimaleugner*innen Zulauf. Als die Politik mit der Mehrwertsteuersen-

kung von 2020 eine vermeintliche Lösung gefunden hatte, die Automobilindustrie zu unterstützen, gab es vonseiten der Umweltverbände vor allem Schweigen. Die bei dieser Maßnahme verpulverten 20 Milliarden Euro entsprachen dem halben jährlichen Investitionsvolumen der Automobilindustrie auf Vorkrisenniveau. Es wird einem schwindlig, wenn man überlegt, welcher technologische Wandel in Richtung emissionsneutraler Mobilität mit dieser Summe hätte angestoßen werden können – bei gleichen Beschäftigungsgarantien.

Ende 2020 feierte Greenpeace, dass einer Studie zufolge knapp 20 Prozent aller durch Pendeln entstehenden Emissionen eingespart werden könnten, wenn 40 Prozent der Arbeitnehmer*innen dauerhaft an zwei Tagen pro Woche von zu Hause aus arbeiteten. Zugleich fielen im Jahr gut 35 Milliarden Personenkilometer weg, was die Straßen entlasten würde. Der Umweltverband forderte eine konsequente Förderung von Arbeit im Homeoffice. Wenig Worte folgten allerdings über die Ambivalenz von Homeoffice: Während Singles ihre Arbeit von zu Hause halbwegs bewältigen konnten, ächzten Eltern und vor allem Frauen unter Mehrfachbelastungen. Für den/die IT-Berater*in, der/die durchgehend weltweit Präsenz zeigen kann, oder den/die Wissenschaftler*in, der/die endlich in Ruhe zu Hause seine/ihre Artikel zu Ende bringt, eröffnet das Homeoffice neue Karrierechancen. Für Sachbearbeiter*innen, die Homeoffice mit Kinderbetreuung kombinieren, wird Frau bei Entscheidungen und Beförderungen oft übergangen, weil man sich im Betrieb nicht beweisen kann. Während einige im Einfamilienhaus oder schicken Penthouses ihrer Arbeit stilsicher nachgingen, empfanden viele in beengten Wohnverhältnissen dies als Qual.

So kann aus dem Recht auf Homeoffice schnell eine Bürde werden. Arbeiten zu Hause verringert nicht nur Mietkosten für Unternehmen, es führt nachweislich oft zu Arbeits- und Leistungsverdichtung, da eine Abgrenzung von der Arbeit zusätzlich erschwert wird. Wenn Arbeitszeit und Arbeitsort entgrenzt werden, ist man überall und jederzeit erreichbar. Unternehmen kontrollieren Arbeit dann über Arbeitsziele, die zu einem bestimmten Zeitpunkt mit bestimmten Ressourcen zu erledigen sind. Das führt häufig zu längerer und intensiverer Arbeit, stärkerem Druck

und mehr Wettbewerb unter Kolleg*innen. Sowie nachweislich zu mehr Krankheiten. Nicht nur deshalb pochten die Arbeiterbewegungen früher auf eine strikte Trennung von Arbeit und Heim, von Arbeits- und Lebenswelt. Und auch weil der fehlende Kontakt und Austausch mit Kolleg*innen eine kollektive Interessenvertretung deutlich erschwert.

Solange Umweltverbände und -parteien die sozialen Dimensionen ihrer Vorschläge und Forderungen nicht berücksichtigen, haben sie keine Aussicht auf breite Unterstützung. Wir brauchen keine Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt, wir brauchen eine Debatte und kreative Ideen, wie wir Arbeitsplätze neu gestalten und schaffen können. Arbeitsplätze, die nicht nur sozialen, sondern auch ökologischen Standards entsprechen und wo neben der eigentlichen Produktion auch die berufliche Mobilität an Nachhaltigkeitskriterien angepasst wird. Es geht um einen neuen sozialökologischen Gesellschaftsvertrag, wie ihn zum Beispiel die Ansätze einer *Just Transition* vorschlagen.

Die pandemiebedingte Ausweitung des Homeoffice zeigt nicht nur, dass die Arbeitswelt seit Langem vielfältiger und ungleicher geworden ist. Corona fördert bei der Arbeit und in der Gesellschaft einen beschleunigten Wandel. Wir müssen uns klarmachen, dass die räumliche und soziale Auseinanderentwicklung von Erwerbsarbeit einerseits und Familie/Haushalt andererseits eine zentrale Veränderung des Industriezeitalters war. Arbeitsplätze außerhalb der Haushalte und in Distanz zur Familie machten Arbeit zu einer erfahrbaren und separaten Sphäre, in der nicht nur Leistung erbracht und Einkommen verdient wurden. Arbeit war zusätzlich der Ort von Kommunikation und gegenseitiger Anerkennung, er schiedete verschiedene soziale Klassen und Schichten zusammen, wurde zur Basis von Solidarität und zum zentralen Austragungsort von gesellschaftlichen Konflikten. Gleichzeitig wurden die soziale Bedeutung der privaten Lebenswelt und mit ihr die im Häuslichen angesiedelten reproduktiven Tätigkeiten schleichend, aber signifikant geschwächt.

Mit Homeoffice kehrt ein Teil der Arbeit wieder stärker in den privaten Bereich zurück. Die neue Verzahnung von Erwerbsarbeit und Familie wird dem Haushalt sowohl ihre eigenen ökonomischen Rationalitäten (wie Zeitmanagement, Sollerfüllung) aufdrängen als auch die staatliche

Regulierung durch Gesetze und Verordnungen im Privaten erhöhen. Die Herauslösung der Arbeit aus den Fabriken und Verwaltungen, Schulen und Universitäten dynamisiert gleichzeitig Individualisierungs- und Deinstitutionalisierungsprozesse. Arbeit ist immer weniger gesellschaftliches Gravitationsfeld, sie könnte immer mehr ihre vergesellschaftende und gesellschaftsprägende Kraft verlieren. Dieser Wandel von Arbeit hat seit Langem begonnen, nimmt dank Corona jetzt aber schwer an Fahrt auf. Darum ist klar: Wir brauchen neue Debatten und Festlegungen, was für uns gute Arbeit ausmacht und wie wir sie organisieren wollen. Hier mitzumischen ist eine der zentralen Herausforderungen von Nachhaltigkeitspolitiken.

Arbeit als Bereich von Produktion, persönlicher Anerkennung, kollektivem Handeln und Kommunikation beizubehalten, sie nicht nur im Reich der Notwendigkeit, sondern auch im Reich der Freiheit zu suchen ist sicherlich eine Maxime, mit der sich die Mehrheit schnell anfreunden kann. Dazu sollten immer gehören: abgesicherte Arbeitszeiten, Sozialversicherungsschutz, arbeitsrechtliche Standards und Absicherung, existenzsichernder Verdienst, berufliche Aufstiegschancen sowie die Möglichkeit kollektiver Interessenvertretung. Das muss nicht auf Kosten von Produktivität und Flexibilität gehen. Im Gegenteil: Untersuchungen und praktische Erfahrungen beweisen schon lange, dass mehr Arbeitszufriedenheit zu Produktivitätssteigerungen führt. Gute Arbeit muss Sicherheit und Planbarkeit mit Flexibilität oder auch Homeoffice intelligent verbinden. Das Leben soll bunter werden, muss aber weiter planbar sein – sowohl im Alltag wie bei der Erwerbsbiografie.

Ein Königsweg wäre die kurze Vollzeit mit 28 bis 35 Stunden in der Woche für alle. Zahlreiche Studien haben bereits belegt, dass viele Erwerbstätige eine solche Wochenarbeitszeit für ideal halten. Und zwar sowohl diejenigen, die gut bezahlt werden, aber überlange Arbeitszeiten haben, wie auch viele prekär Beschäftigte. »Kurze Vollzeit für alle« würde es erlauben, statt Dauerstress und Zwang zur Flexibilität einen Gleichklang zwischen Lohnarbeit und Zeit für Familie und Freundschaft herzustellen.

Eine solche Perspektive mobilisiert sehr unterschiedliche Beschäftigte. Wichtige Maßnahmen wären das Recht auf eine Mindeststundenzahl an

Arbeit von 20 Stunden die Woche und eine Begrenzung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von derzeit 48 auf 40 Stunden. Von den Beschäftigten flexibel gestaltbare, aber verpflichtende Regelungen für Arbeitszeiten zwischen 20 und 35 Stunden mit vollem Personalausgleich und mit kollegialer Mitbestimmung. Dazu kommen geregelte Familien-, Pflege- und Weiterbildungszeiten, die Familien- und Sorgearbeit als »systemrelevante«, also als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkennen. Alle Beschäftigten, die ihre Arbeitszeit für Erziehung, Pflege oder zur Weiterbildung reduzieren, erhalten einen anteiligen staatlichen Lohnausgleich. Die Tendenz, Arbeit über das Homeoffice den häuslichen, reproduktiven Tätigkeiten anzupassen und somit zu entwerten, muss ins Gegenteil umschlagen: Care-Arbeit erlangt die gleiche Anerkennung wie Erwerbstätigkeit.

Eine solche Politik würde Arbeit nicht nur zum Fundament materieller Absicherung sowie des sozialen Aufstiegs des/r Einzelnen machen, sondern zur Quelle von individueller Anerkennung und gemeinsamem Wohlbefinden. Sie würde nachhaltige Lebensentwürfe stärken und mehrheitsfähig machen.

Wir sollten arbeiten, um gut zu leben, nicht leben, um zu arbeiten. Immer mehr Menschen wünschen sich eine solche Veränderung. Die Gewerkschaften haben diesen Trend in den letzten Jahren zu stark vernachlässigt. Die Umweltverbände haben sich zu Arbeitspolitiken inhaltlich bisher kaum positioniert. Ob Corona auch sie wach küsst?

Wir sehen, es gibt viele gangbare Alternativen zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Wir müssen nicht mehr um Sachzwänge und Ressourcen ringen, Letztere wurden längst mobilisiert und sind hinreichend vorhanden. Wir streiten um die Frage, wie unsere Zukunft nachhaltig werden kann. Sollen frische Ideen und neue Debatten um die Zukunft unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft fruchten und Mehrheiten finden, müssen wir drei Dogmen zerstören:

Erstens: die Sorge, dass internationaler Handel immer Gewinner*innen und Verlierer*innen hervorbringt, schlimmstenfalls Unterentwicklung und Elend verschärft. Dies ist bis heute zwar noch viel zu häufig üblich. Der Grund ist aber nicht der international ungleiche Austausch von Arbeit, Gütern und Dienstleistungen. Es kommt beim Handel vor

allem auf seine politische Regulierung und Ausgestaltung an. Wer heute als Textilunternehmen in den Herstellungsländern existenzsichernde Löhne für gute Arbeit zahlen will, wer Kaffee oder Bananen zu fairen Preisen einkaufen will, muss die eigenen Produkte teurer anbieten. Er/Sie hat so lange Wettbewerbsnachteile, wie Mitkonkurrent*innen die Verantwortung für Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards an die Zulieferbetriebe in den Herkunftsländern delegieren, um mit billigeren Produkten bei den Verbraucher*innen zu punkten. Auf dem heutigen Weltmarkt sind Umweltzerstörung und unwürdige Arbeitsbedingungen internationale Wettbewerbsvorteile. Dies muss durch rechtlich verbindliche und einheitliche Regelungen für Handelsverträge und transnationale Wertschöpfungsketten zügig abgestellt werden. Wenn solche Abkommen zusätzlich Finanz- und Steuerkooperationen beinhalten und Sorge tragen, dass Kapital nicht flieht und Steuern nicht unterschlagen werden, fördert dies die Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort und das Interesse, in heimische Märkte und Arbeit zu investieren – mehr als jede Form der Entwicklungszusammenarbeit. Zusätzlich gestützt werden sollten solche Maßnahmen durch die (Wieder-)Einrichtung internationaler Wechselkursregulierungen, wie sie sich bereits nach dem Zweiten Weltkrieg bewährt haben.

Zweitens müssen der nicht aufzulösende Dissens und die ermüdende Debatte zwischen Vertreter*innen von freiem Markt und staatlicher Regulierung für beendet erklärt werden. Beide Seiten haben recht! Es gibt zahllose Studien, Belege und Hinweise sowohl für eklatantes Markt- als auch für exzessives Staatsversagen. Das momentane Erstarken des Staates ist kein Beweis für die ewige Überlegenheit staatlicher Wirtschaftssteuerung. Ebenso wenig wie deren Mängel einen hinreichenden Grund bieten, wieder den Markt zu stärken. Es geht nicht um Schwarz und Weiß, es geht nicht um Staat oder Markt. Die Geschichte und Corona unterstreichen, dass es den Staat auf seinen verschiedenen Ebenen (lokal/regional/national) braucht, um Effizienz in der Wirtschaft zu garantieren. Als Schutz vor Infektionen, als Garantie für wirtschaftlich nötige Infrastruktur, zum Zähmen von blindem Gewinnstreben, zum Aufbau von Gemeinwohl, zum Bündeln von Visionen und Kraftanstrengungen für die Zukunft. Das Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus hat uns genauso gezeigt, dass

es Märkte braucht. Je komplexer eine Gesellschaft wird, je mehr sich die Bedürfnisse, Ressourcen und Produktionspotenziale von Menschen an verschiedenen Orten unterschiedlich entfalten, desto weniger kann dies eine zentrale Steuerung einfangen. Informationsbeschaffung für totale staatliche Planung ist auch unter Digitalisierungsbedingungen schier unmöglich, schafft aber für die Planungsinstanzen selbst einen politischen Machtzuwachs, der schnell in Missbrauch, Korruption und Autoritarismus umschlagen kann – »Big Brother is watching you!«.

Der Markt ist als Erstes ein Koordinationsmechanismus, der ohne direkte Zwänge, kollektiv und dezentral in der Lage ist, wirtschaftliche Aktivitäten effizient zu verbinden. Märkten ist keine naturgesetzmäßige Dynamik der kontinuierlichen Expansion inhärent, sie schaffen auch keine unabdingbaren Wettbewerbszwänge – wie uns Ökonom*innen glauben machen wollen –, sondern sind immer menschen-, gesellschafts- und politikgemacht. Wir und die Politik entscheiden, was wir dem Wettbewerb aussetzen wollen und was uns so wichtig ist, dass es anders finanziert und hergestellt werden muss. Insofern sind der Markt und seine Ergebnisse immer regulierbar. Und müssen kontinuierlich kontrolliert werden, um schädliche Auswüchse zu verhindern und nachteilige Ergebnisse zu revidieren. Dies wiederum bedingt eine Instanz, die Märkte und Wirtschaft anleiten kann und im allgemeinen Interesse handelt: den demokratischen Staat. Den gleichen Staat, nach dem die Wirtschaft zuletzt in der Finanzkrise ab 2007 und auch gegenwärtig wieder lauthals schreit, wenn sie und der Markt versagt haben und die Kavallerie erforderlich ist. Es geht nicht um Markt und Staat. Es geht darum, dass die Zugänge zu Markt und Staat für alle möglichst breit und transparent sind.

Es geht um Demokratie.

Erstrebenswert wäre vielleicht eine demokratisierte Marktgesellschaft, wie sie der Sozialliberale John Rawls als »Property-Owning Democracy« definiert: ein System der fairen Chancengleichheit, in dem alle Bürger*innen jenes Eigentum erhalten, das sie benötigen, um am Markt gleichberechtigt teilnehmen zu können. Denkbare Maßnahmen für eine solche Marktdemokratisierung wären die Erweiterung betrieblicher Mitbestimmung, die Stärkung von Belegschafts- oder Kollektiveigentum oder die

Auszahlung von Kapital an alle erwachsenen Bürger*innen, um ihnen einen allgemeinen Zugang zu unternehmerischen Tätigkeiten zu gewährleisten. Der französische Ökonom Thomas Piketty fordert, dass künftig alle 25-Jährigen vom Staat ein Startkapital in Höhe von 60 Prozent des nationalen Durchschnittsvermögens erben sollten. Fantasterei? Nur für jemanden, der/die gegen Eigeninitiative, Selbstständigkeit und Leistungsgesellschaft ist. Piketty rechnet vor, dass man ein solches »Erbe für alle« mit fünf Prozent Steueraufkommen aus Vermögens- und Erbschaftssteuer – also aus nicht durch Leistung erworbenen Reichtum – solide finanzieren kann. Für jede/n junge/n Bürger*in ohne Vermögen – also die Mehrheit unserer Jugendlichen – wäre der Zugewinn an Handlungsoptionen durch so ein »Erbe für alle« enorm. Für unsere Wirtschaft und Gemeinschaft ebenso.

Drittens müssen wir uns davon verabschieden, dass wir die anstehenden Herausforderungen allein mit Wissen und Technologie lösen können. Mit dieser Schimäre lügen wir uns seit drei Jahrzehnten selbst in die Tasche. Wir wollen nicht wahrhaben, dass die ökologische Transformation von jeder/m von uns Anpassungsleistungen erfordern wird. Gefördert wird das von einer mutlosen Politik, die sich immer noch weigert, eine ehrliche Debatte über die Chancen und Kosten einer Anpassung für Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Klimaneutralität und Nachhaltigkeit zu führen. Stattdessen werden Nebelkerzen gezündet, Ausflüchte gesucht und Luftbilder errichtet. Im Zentrum steht das falsche Versprechen, dass der Klimawandel durch Technologie und Wissenschaft über eine *Green Economy* eingehgt oder ganz vermieden werden kann.

Der Versuch der deutschen Energiewende sowie des Europäischen Grünen Deals, die Weichen für eine nachhaltige und grüne Wirtschaft von morgen zu stellen, basiert primär auf der Strategie, die alten und treibhausgasintensiven Rohstoffverbräuche durch neue Technologien zu ersetzen. Elektromobilität ist das Zauberwort und Gebot der Stunde. Wir verbannen Klimaschädlinge wie Benziner und Diesel und werden glücklich mit Teslas und E-Bikes. Und davon brauchen wir viele: Studien zeigen, dass für ein klimaneutrales Verkehrsszenario der Anteil der Elektroautos von derzeit vier Prozent auf über 40 Prozent steigen muss. Was wir nicht berücksichtigen: In einem Tesla sind heute sechsmal so viele Rohstoffe ver-

baut wie in einem konventionellen Auto. Öl wird durch Lithium, Kupfer und Kobalt ersetzt, ohne aber danach zu fragen, wo diese Rohstoffe herkommen und wie sie abgebaut werden. Ersten Prognosen zufolge werden diese drei Rohstoffe die Weltwirtschaft von morgen regieren, dank besagter Ökostrategie. Naturprodukte, die nur an wenigen Orten zu finden sind. Da sind neue (internationale) Konflikte bereits vorprogrammiert.

Corona hat uns eindrücklich und deutlich die Grenzen eines überzogenen Fortschrittsglaubens vor Augen geführt. Technik hin, Technologie her. Auch weiter wird der Faktor Mensch eine zentrale Rolle spielen. Seine Beziehungen zu Mitmenschen und Umwelt, kondensiert in Politik, werden über die Zukunft unserer Zivilisation entscheiden. Technologie, Elektromobilität, Digitalisierung können helfen, sie sind aber nicht der Generalschlüssel für eine nachhaltige Zukunft. Sie wirken vielmehr wie die neuesten Mutationen der alten Fiktion, die Menschheit durch Technologie retten zu können.

Da lohnt eine Erinnerung an Walter Benjamin. In seinem Traktat *Über den Begriff der Geschichte* schrieb er über das Bild von Paul Klee, welches den Buchdeckel dieses Manifestes schmückt: »Es gibt ein Bild von Klee, das *Angelus Novus* heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen, und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muss so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, dass der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.«

Walter Benjamin setzt unserem teleologischen, optimistischen Geschichtsverständnis von einer linear und kontinuierlich fortschreitenden Zeit und von immerwährendem Fortschritt, das in der Geschichte einen

stetigen Gang zur Vollendung der Menschheit sieht, etwas Wichtiges entgegen: den Gedanken einer nicht linearen, diskontinuierlichen Zeit. In ihren Sprüngen, Rissen, in den geschichtlichen Brüchen und Abweichungen, wie sie heute Corona manifestiert, ist nicht nur Misere verborgen, sondern auch Utopisches.

Hier und jetzt und nicht erst am Ende aller Zeiten.

Wichtige Leitplanken für nachhaltiges Wirtschaften:

- ◆ Ehrliche Debatte über die Chancen und Kosten für Wirtschaft, Gesellschaft und den Einzelnen durch eine Anpassung in Richtung Klimaneutralität
- ◆ Einheitliche Sozial- und Umweltklauseln sowie Finanz- und Steuerkooperationen in allen internationalen Handelsverträgen und transnationalen Wertschöpfungsketten
- ◆ (Wieder-)Einrichtung internationaler Wechselkursregulierungen
- ◆ Durchsetzung verbindlicher Umweltstandards in allen Wirtschaftsbranchen; intensive Förderung von nachhaltig ausgerichteten und sozial angepassten Technologieinnovationen
- ◆ Rascher Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger
- ◆ Stärkung der kommunalen Wirtschaft mit kleinen und mittelständischen Betrieben
- ◆ Regionalisierung der systemrelevanten Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, Förderung nachhaltigen Konsums, Revitalisierung des ländlichen Raums
- ◆ Einsatz der Corona-Aufbauhilfen zum umfassenden Ausbau eines europaweiten öffentlichen Verkehrssystems sowie der Modernisierung der nationalen Verkehrsinfrastruktur, für einen öffentlichen Personennahverkehr, für mehr Fahrradwege
- ◆ Massive Förderung kommunalen Bauens, Stadtplanungen der kurzen Wege, mehr Grün- und Erholungsräume in den Städten, urbane und ländliche Mobilitätswende

- ◆ Versöhnung von Nachhaltigkeit und Arbeit durch Maßnahmen wie »Kurze Vollzeit für alle«, gute und abgesicherte Jobs, umweltfreundliche öffentliche Mobilitätsangebote, volle Anerkennung von Care-Arbeit
- ◆ Stärkung von Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit über die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung, der Verbreiterung von Belegschaftseigentum oder ein »Erbe für alle«
- ◆ Förderung der Kunst- und Kulturbranche zugunsten einer »Spaßkultur Nachhaltigkeit«